

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Im letzteren Case mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Expositionen: Eltville und Oestrich.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

No. 25

Donnerstag, den 27. Februar 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

§ 99. Diejenigen Personen, welche sich seit Anfang des Krieges im Besitze von Möbeln, Kunstgegenständen, Juwelen, Wertsachen jeglicher Art, Kleidungsstücken, Büchern usw. befinden, die aus Frankreich oder aus Belgien stammen, sind verpflichtet, dieselben bis spätestens 1. März 1919 anzumelden.

Diese Anmeldung wird der französischen Militär-Verwaltung (Administrateur Militaire du Cercle) eingereicht oder auf dem Bürgermeisterrat abgegeben. Von da aus wird sie unverzüglich der Militär-Verwaltung weitergegeben.

In ihrem eigenen Interesse müssen die Inhaber solcher Gegenstände, die eine Bescheinigung von dem früheren Besitzer oder von einer deutschen Zivil- oder Militärbehörde vorlegen können, daß sie im rechtmäßigen Besitze der Gegenstände sind, diese der Anmeldung beifügen. Werden bei einem Einwohner nach dem 1. März 1919 Gegenstände vorgefunden, welche nicht angemeldet worden sind, so läuft derselbe Gefahr, streng bestraft zu werden.

gez.: Mangin.

Vorstehender Befehl wird auf Anordnung des Herrn mit Kreisverwalters hiermit veröffentlicht.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich um vorläufige Bekanntgabe. Abdruck zum Anschlag werden übersandt.
Rüdesheim a. Rh., den 21. Februar 1919.

Der Landrat.

Rheinische Demobilisierte.

Die deutschen rheinischen Soldaten, welche im Augenblick des Waffenstillstandes in Mainz in Behandlung waren, werden nach Maßgabe ihrer Heilung entlassen, anstatt nach Deutschland geschickt zu werden, um dort ihren Entlassungsschein zu holen. In Ermangelung dieses letzteren wird ihnen ein Zettel ausgestellt, welcher diese besondere Behandlung feststellt und die Genehmigung enthält, daß sie sich in dem Gebiet der X. Armee ansiedeln dürfen, vorausgesetzt, daß sie sich daselbst am 1. August 1914 aufgehalten haben. Da diese Leute längere Aufenthalt in einem Lazarett des Gebietes gehabt haben, so werden sie den Schutzmaßnahmen gegen Typhus, wie sie für die Zurückkehrenden im allgemeinen vorgehoben sind, nicht unterworfen.

§ 100. Vorstehende Mitteilung des Herrn Franz Kreisverwalters wird hiermit veröffentlicht.

Rüdesheim a. Rh., den 22. Februar 1919.

Der Landrat.

Kriegsministerium.

St. 131/12. 18 C 3 V.

1. Infolge Unterbindung des Postverkehrs mit den vom Feinde besetzten deutschen Gebieten besteht für diejenigen Empfänger von Versorgungsgeheimnissen usw., die jenes Gebiet verlassen und in den Gebieten anderer Versorgungsgeheimnissen usw. Wohnung genommen haben, keine Möglichkeit, ihre Versorgungsgeheimnisse usw. in der bisherigen Weise zu empfangen.

2. Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten wird die Gen.-Mil. (St. 131/12. 18 C 3 V.) angewiesen, werden, den vorstehend näher bezeichneten Empfängern auf Antrag Vorkehrungen auf die fälligen Gebührens usw. zu treffen.

3. Solche Anträge sind zu richten:

a) seitens der pensionierten Offiziere und Beamten an die Pensions-Abteilung;

b) seitens der Empfänger von Invalidenpensionen und Militärrenten an die Renten-Abteilung;

c) seitens der Hinterbliebenen von Militärpersonen an die Versorgungs-Abteilung für Hinterbliebene.

4. Die Anträge müssen enthalten:

a) Namen (Vor- und Zuname) bei Witwen auch Mädchennamen;

b) letzten Dienstgrad (des Empfängers, bei Hinterbliebenen des verstorbenen Mannes oder Vaters);

c) bisherige Wohnung;

d) zuletzt zuständig gewesene Versorgungsgeheimnisbehörde;

e) zuletzt zuständig gewesene zahlende Postanstalt;

f) bisherige Stammbuch-Nr. und Katasterzeichen;

g) Höhe der betr. monatlichen Gebührens (einzeln oder zusammengefaßt);

h) Angabe bis zu welchem Zeitpunkt diese Gebührens usw. empfangen sind;

i) Erklärung, daß eine Vollmacht zur Weiterabhebung der Gebührens in dem früheren Wohnort durch Angehörige usw. nicht erteilt worden ist;

j) jetzigen Aufenthaltsort unter genauer Wohnungsangabe.

Konten- usw. Bescheid, Rentenbuch, Militärpaß sind mit vorzulegen.

Es befinden sich gegenwärtig die Versorgungsämter:

13. A. R. in Coblenz,
15. A. R. in Cöln,
16. A. R. in Köln (Anhalt),
18. A. R. in Frankfurt a. M.,
21. A. R. in Saarbrücken.

Berlin, den 18. Januar 1919.

Der Kriegsminister.

Im Auftrage:

Graf v. Schmettow.

Der Unterstaatssekretär.

Göhre.

An die Magistrat und Herren Bürgermeister.

Das Reichsversicherungsamt weist in einem Rundschreiben erst darauf hin, daß alle Landwirte, die elektrische Kraft in ihren Betrieben verwenden, auf genaue Befolgung der Unfallvorschriften für die Verwendung des elektrischen Stromes unter Mitwirkung der Orts-Polizeibehörden hingewiesen werden. Ich ersuche um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung.

Alle dort bekannt gewordenen Fälle von Beschädigten nicht vorchriftsmäßig angelegten Leitungen sind mir unverzüglich unter Nachstichmachung des Verfallses anzuzeigen.

Rüdesheim a. Rh., den 22. Februar 1919.

Der Vorsitzende des Sektionsvorstandes.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung wird in Anbetracht der bevorstehenden Frühjahrseinstellung darauf hingewiesen, daß in der Sachhandlung von Ferd. Heims in Rüdesheim, garnisonbrauerei, Schaffstiesel zum Preise von 16.00 Mk. bis 20.00 Mk., sowie Regstiesel mit Holzbohlen zum Preise von 12.00 Mk. zu erhalten sind. Die Stiele haben die Größe 16 bis 30 (Militärmaß) und werden ohne Bezugsschein abgegeben.

Rüdesheim a. Rh., den 24. Februar 1919.

Der Kreisamtschef des Rheingaukreises.

In ernster Stunde!

In Weimar wird auf dem neu abgestellten parlamentarischen Kampfplatz nach allen Regeln der Parteistategie und parlamentarischen Taktik mit den Waffen des Wortes und der Stimme um die Neuordnung gerungen. Die Reichshauptstadt ist zurzeit nicht Schauplatz politischer Ereignisse, sondern nur Beobachtungsposten, von dem aus der Blick ständig nach Weimar gerichtet ist. Die neuen Ereignisse des Bürgerkriegs spielen sich nur im Ruhrgebiet und in München ab. Sie beweisen durch die Häufung der Katastrophen und viele andere Zeichen die moralische Verfallung der Völkerei, an deren Stellung wir indes so fest glauben wollen wie Scheidemann, der sich einem Auslager gegenüber auch heute noch zum Optimismus bekennt. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, daß wir alle den unerschütterlichen Glauben an die Widergewinnung von schwerer Krankheit der Zeit zur Richtschnur unseres Handelns machen. Nicht die traurigen Ereignisse, nur die Selbstauflage in hoffnungslosem Verfallismus kann die Zukunft eines Volkes vernichten. Die unheilbaren Ereignisse in München, die Schlag auf Schlag eine Reihe von Opfern sinnloser Anschläge fallen lassen, Opfer, die den verschiedenen gegeneinanderkämpfenden Parteien angehören, die trostlosen Ereignisse im Ruhrgebiet, die längst die Regierung zum raschsten Durchgreifen hätten veranlassen müssen, legen solche Mahnung besonders nahe. Die bisherigen Wirren in verschiedenen Teilen des Reiches haben gezeigt, daß die Regierung, sobald sie Lasterzeit zeigt, die Kräfte zur Wiederherstellung der Ordnung verliert. Der Verlauf der Dinge hat ferner gezeigt, daß das deutsche Volk auch jetzt unter den seelischen Wirkungen des Aufstandes den Sinn für vernünftige Ordnung nicht eingebüßt hat und auch aus tiefsten Erregungen und Unordnungen heraus immer wieder die Wege der Ordnung sucht und findet. Wir dürfen auf die erneute Bewährung des Grundgesetzes im deutschen Volksschlachtfeld hoffen und müssen uns von dieser Hoffnung leiten lassen. Wir dürfen auch hoffen, die Erfahrung wird sich bewähren, daß wie bei einem Einzelorganismus so in einer Volksgesundheit die Zustände der Ueberreizung nach Einigkeit abklängen müssen. Dabei stellt die Zahl derer, die das Volk im Sturm sinnloser Leidenschaften zu erhalten wünschen, eine geringe Minderheit dar, und es zeigt sich, daß die schweren Erschütterungen immer auf einen oder einige Bezirke beschränkt bleiben, während im übrigen Lande die Anpassung an neue Verhältnisse ihren Gang geht. Das ändert nichts an dem furchtbaren Einfluß der Ereignisse im Ruhrgebiet und in München, nichts an der Tatsache, daß an der Brandstätte der Spartakusbewegung das gemeine Verbrechen sich in die Politik mischt, daß vielfach statt des politischen Kampfes der Kampf des Verbrechens gegen alle Ordnung und alles Recht wütet und die schlimmsten antisozialen Elemente von der Rechtsunsicherheit der Zeit und der Schwäche der Staatsgewalt Nutzen ziehen. Die Völker des Verbandes haben vom deutschen Volke nichts mehr zu fürchten. Die Kraft, die sich kriegerisch äußern konnte, ist gebrochen. Der Heilungsprozess wird auf Geschlechter hinaus alles in Anspruch nehmen, was an Kraft im Volkstörper noch vorhanden ist. Die furchtbare Erfahrung der Kriegszeit, der Sieg des demokratischen Einflusses der Arbeiterkraft und das Durchdringen des Völkerverbundes haben eine Wandlung herbeigeführt. Die Gewalt der Krise beweist die Grundlichkeit der Wandlung, ebenso wie sie die Schonungsbedürftigkeit des deutschen Volkstörpers beweist. Unter den schwierigsten Bedingungen ist es gelungen, den bolschewistischen Brand zu dämpfen und immer wieder der Gewalt die entscheidende Rolle zu nehmen. Im Ruhrgebiet, in München und neue Aufgaben schwerster Art gestellt. Man darf hoffen, daß auch sie gelöst werden. Die Heilung des kranken Deutschlands hängt davon ab,

daß es sich ernährt, daß es seine Vorräte ergötzt, und daß es genügend Arbeitsgelegenheit schaffen kann. Daran hat Europa ein Lebensinteresse. Denn nur dann bleibt unter den größten Schwierigkeiten Deutschland bestehen, das dank seinem gesunden Kern, seiner Ueberlieferung, seiner staatlichen Fürsorge, seiner ausgezeichneten Schulbildung, der politischen Disziplin der Masse ein Bollwerk gegen das Umstürzen der Zeitkrankheit sein könnte, die von Rußland her die Kulturmenschen bedroht.

R. V.

Die Reichsverfassung.

Der neue Entwurf der endgültigen Reichsverfassung gelangte, nachdem er nunmehr vom Staatsanwaltschafts verabschiedet ist, Montag an das Plenum der Nationalversammlung.

Der Entwurf steht in allen seinen Teilen die Vereinheitlichung in der Hand des Reiches an. Beim Militärwesen und Verlehrsweisen vor allem ist diese Vereinheitlichung zum Grundgesetz erhoben, jedoch mußte zugunsten der Gliedstaaten, die auf diesen Gebieten Vorkämpfer haben, darauf verzichtet werden, die Durchführung des Grundgesetzes anders als nur im Wege des Vertrages, also mit Zustimmung der privilegierten Staaten, zu bewirken. Bei der Doppelgesetzlichkeit der Ueberleitung ist eine Rechtsnorm, nach der die Vereinheitlichung unmittelbar mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung eintritt, nicht möglich.

Rechtliches gilt vom Polizeiwesen und vom Abgabewesen, wo zunächst der Grundgesetz ausgeprochen wird, daß das Reich sämtliche Einnahmequellen für seine Zwecke erschließen kann. Auch hier ist das Ziel, die Zollverwaltung zu einer Reichsverwaltung auszubauen. Den größten Schritt zur Vereinheitlichung stellt Artikel 4 über die auswärtigen Beziehungen vor, in dem die einzelnen Gliedstaaten auf das aktive und passive Staatsvertragsrecht und in der Hauptsache auch auf das internationale Vertragsrecht zugunsten des Reiches verzichten. In der Frage der territorialen Gestaltung der Gliedstaaten hat der Entwurf gegenüber dem ersten erhebliche Änderungen erfahren.

In Artikel 15 werden die Grundzüge aufgestellt, nach denen die Umgestaltung der Reichsverfassung vorgenommen werden soll. Wenn diese Grundzüge nicht im Wege gegenseitiger Verständigung durchgeführt werden können, soll eine Vermittelung der Reichsregierung eintreten. Zwischen der Reichsregierung und dem Staatsanwaltschafts ist über die Frage kein Einverständnis erzielt worden, was geschehen soll, wenn diese Vermittelung ohne Ergebnis bleibt. Die Reichsregierung legt, Wert darauf, daß in diesem Falle die Verfassungsänderung des Reichsgesetzes die Angelegenheit unter Umständen gegen den Willen der betreffenden Staaten regelt. Gegenüber dem ersten Entwurf ist die Kompetenz zur Vertretung der föderativen Interessen grundsätzlich umgestaltet. Während der erste Entwurf für die Gesetzgebung ein Staatenhaus auf parlamentarischer Grundlage vorgesehen hatte und den Reichsrat zur mitberatenden Stimme an den Verwaltungsbefugnisse des Reiches teilzunehmen lassen wollte, ist neuerdings lediglich ein Reichsrat in Aussicht genommen, der sowohl bei der Gesetzgebung, als auch bei der Verwaltung mit zu beschließen hat. Im Gegensatz zum bisherigen Verfassungsrecht aber ist dieser Reichsrat nicht wie der frühere Bundesrat ein gleichberechtigter, gesetzgebender Körper, sondern er nimmt nur an der Gesetzgebung teil, indem er bei der Initiative der Reichsregierung mitwirkt und ferner gegen die vom Reichsrat beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht hat. Im Falle eines solchen Einspruches wird die Gesetzesvorlage an den Reichstag zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen. Kommt auch hierbei eine Einigung nicht zustande, so hat der Reichspräsident die Möglichkeit, über die Verfassungsänderung eine Volksabstimmung herbeizuführen. Er kann aber auch trotz des Einspruches das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung verkünden, wenn sich für dieses Gesetz eine Zweidrittelmehrheit zusammengefunden hat. Ist eine solche Mehrheit nicht zusammengekommen und der Reichspräsident nicht gewillt, eine Volksabstimmung vornehmen zu lassen, so kommt das Gesetz infolge des Einspruches nicht zustande. Die Zusammenfassung des Reichsrates soll für die Uebergangszeit von drei Jahren die gleiche sein, wie sie in dem Gesetz über die vorläufige Reichsverfassung vom 10. Februar 1919 vorgesehen ist. Bei der Regelung des endgültigen Stimmverhältnisses dagegen ist eine Vorchrift in Aussicht genommen, die auf die Befestigung der kleinen Bundesstaaten hinwirken soll, indem bestimmt wird, daß die kleinen Staaten kein Stimmrecht mehr haben sollen.

Wenn der Entwurf gegenüber dem ersten Fassungen Änderungen aufweist, so waren diese aus der Erwägung hervorgegangen, an einem Volke zunächst die staatsrechtliche politische Ruhe zu geben, die es unbedingt braucht. Es war zunächst nötig, daß die Probleme, vor die wir nach der Revolution gestellt worden sind, klipp und klar aufgestellt und dargelegt wurden. Für ihre Lösung zeigt der Entwurf in der jetzigen Gestalt eine gangbare Linie. Namentlich die wirtschaftlichen Verhältnisse der nächsten Zukunft werden Anlaß geben, daß die Entwicklung zu dem Endziele der großdeutschen Reichseinheit nicht abbricht, sondern sich weiterhin mit logischer Notwendigkeit vollzieht.

Die Nationalversammlung.

(14 Sitzung.)

Ein Telegramm des Gemeinderats von Wien gibt der Freude darüber Ausdruck, daß die Schaffung eines einigen Deutschen Reiches nicht mehr fern ist.

Ganau bittet um verstärkten militärischen Schutz, Hamelorn um Lebensmittel.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird Beschlossen, die Begründung des Verfassungsentwurfes durch den Regierungsvertreter entgegenzunehmen, dagegen die Beratung des Reichswehrgesetzes von der Tagesordnung abzusetzen.

Reichsminister des Innern Dr. Preuß begründet den Verfassungsentwurf des Deutschen Reiches. Der Entwurf stellt einen einstufigen Beschluß der Reichsregierung dar. Der Ausgangspunkt für die neue Verfassung ist die Selbstregierung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Das neue Reich ist begründet auf den Gedanken der Reichseinheit ein Freistaat, eine Republik, die in dieser Hinsicht wahrlich den Vergleich mit jeder anderen Republik oder Demokratie nicht zu scheuen braucht.

So mag es denn auch die Verfassung, Ihnen in dem ersten Artikel vorzuschlagen, dem neuen Reich neue Farben zu geben, neue Farben, die treulich alt sind und auch für weitere Kreise unseres Volkes Gefühls- wertie haben: Schwarz-rot-gold. Ich begreife, daß es für viele eine schwere und schmerzliche Entscheidung ist, die Farben, die jahrzehntelang ruhmreich gewirkt haben, verschwinden zu sehen. Aber es sind gewaltige Veränderungen, die nun die vergangenen Jahrzehnte als eine in sich abgeschlossene Periode erscheinen lassen, und ein großer Teil der Parteien des Hauses hat ja das selbe beklundet, indem sie selbst gegen den alten Parteinamen eine neue Flagge geführt haben.

Ein umfangreiches und nicht ohne allerlei Komplikationen zu lösendes Ziel des Verfassungsentwurfes ist die Arbeitsteilung zwischen Reich und Gliedstaaten, die Kompetenzabgrenzung. Dabei will ich gerne mit besonderer Freude betonen, daß unter der Kompetenzbestimmung eine an erster Stelle in Betracht kommt, die einen erfreulichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen bedeutet. Das ist die Bestimmung in Artikel 4 betr. der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten. Auswärtige Beziehungen werden nunmehr ausschließlich Reichssache sein, und es soll mit Dank hier anerkannt werden, daß die Gliedstaaten auf das aktive und passive Gesandtschaftsrecht verzichtet haben. (Beifall.) Weniger erfreulich ist die in Artikel 5 untergeordnete Regelung des Militärwesens. Bedauerlich ist der letzte Absatz des Art. 5, wonach die bisher selbstständigen landesmilitärischen Verwaltungen in ihren Sonderrechten ohne ihre Zustimmung nicht beschränkt werden dürfen. Die einzelstaatlichen Kriegsministerien und Verwaltungen bleiben also bestehen. (Hört, hört!) Die Reichsregierung hat sich nur schwer entschlossen, auf eine Streichung dieses Absatzes zu verzichten. Für die Post kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß demnachst eine deutsche Reichspostmarke im ganzen Reiches gelten wird. Bayern hat auf die eigene Briefmarke verzichtet. (Beifall.) Eine starke Förderung hat der Einheitsgedanke auf dem Gebiete des Finanzwesens gefunden. Hier hat der Druck, der augenblicklich auf unserm Lande lastet, sich durchgesetzt. Im Artikel 9 sind im einzelnen die Gebiete aufgeführt, auf die sich in Zukunft die Reichsgebühren erstrecken soll. Entgegen den ursprünglichen Absichten der Regierung ist in diesem Art. 9 Kirche und Schule nicht aufgenommen worden. (Zuruf: Leider!) Das scheiterte an dem Widerspruch der Einzelstaaten. Auch hinsichtlich der territorialen Zusammensetzung der Gliedstaaten steht die Verfassung in Art. 15 Vereinbarungen zum Zweck des Zusammenschlusses im Ganzen oder in Teilen vor. Die Gliedstaaten sollen zusammenbleiben und können so bleiben, wie sie sind, aber an der praktisch überaus dringenden und wichtigen Frage, ob die Reichsverfassung einfach die 25 Gliedstaaten in ihrem Bestand garantieren soll, kann man nicht vorbei. Mit dem bloßen Bestehenlassen ist es nicht getan. Nachdem die Dynastien nicht mehr bestehen, kommt diese Sache von selbst ins Rollen und ist schon ins Rollen gekommen. Die Frage, ob Staatenhaus oder Reichsrat ist in der Vorerörterung viel umstritten worden. Es war nicht zu verstehen, daß die Idee des Staatenhauses auf keinen Fall zu rechnen hatte. Es soll also ein Reichsrat geschaffen werden und gewiß, es geht auch so, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichsrat nicht ein dem Reichstag gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung sein kann, wie es der Bundesrat früher gewesen ist, und diese Hauptbedingung ist ja auch im Entwurf durchgeführt. Neben dem Reichstag stellt der Verfassungsentwurf den unmittelbar aus Volkswahlen hervorgehenden Reichspräsidenten. Der Entwurf sieht nur einen Präsidenten und keinen Vizepräsidenten vor.

Verfassungsänderungen sind gegen früher sehr erschwert. Während früher nur erforderlich war, daß eine Verfassungsänderung eine 14 Stimmen gegen sich hatte, wird jetzt eine Zweidrittelmehrheit des Reichsrats und des Reichstages verlangt, und es kann dagegen vom Präsidenten das Referendum angerufen werden. Solche Einschränkungen von Verfassungsänderungen liegen im Sinne demokratischer Verfassungen. Sie sind fester zu veranlassen als Verfassungen obrigkeitlicher Art. In dem Reichsregierung und Staatenausschuß den Entwurf der Verfassung dem hohen Hause übergeben, legen sie die alleinige endgültige Entscheidung in ihre Hände. (Beifall.)

Von der Deutschnationalen Volkspartei ist eine Interpellation eingegangen, die sich gegen die Eingriffe mancher Einzelstaaten in die Kirchen- und Schulgesetzgebung richtet.

Das Haus vertagt sich. Dienstag, 10 Uhr die erwähnte Interpellation und Reichswehrgesetz.

Schluß 5 Uhr.

Die Vorgänge in Bayern.
München.
Der Zentralrat des Volksstaates Bayern erläßt eine amtliche Bekanntmachung, wonach Mittwoch, den 26. Februar, dem Verfassungstage des Ministerpräsidenten Eisner, im ganzen Lande die Arbeit ruht. Die Tagesbedürfnisse des bayerischen Volkes müssen jedoch sichergestellt werden. Alle öffentlichen Gebäude sind schwarz und rot zu beflaggen. Die Bahnen stehen auf halbmast. Das Volk Bayerns möge, so heißt es, seinen Absichten vor dem an dem

Führer der Revolution beizugehen. Menschelmoß seine Anteilnahme durch Beflaggung der Häuser in Ausdruck bringen. Für Donnerstag von 10-11 Uhr wird feierliches Geläute von allen Glocken der Kirchen und des Landes angeordnet. Alle Beden und Räte haben für die Durchführung dieser Ordnung zu sorgen.

Zur Eicherung der Revolution wurden 10 Gelehrte aus der hohen Aristokratie Bayerns festgenommen, in ihrer Spitze der frühere Ministerpräsident von Dal. Im Zentralrat wurde die neue Ministerliste aufgestellt. Darnach soll Professor Friedrich Wilhelm Förster Minister des Innern werden, der jetzt als provisorischer Gesandter Bayerns in Wien weilte. Es ist auch den bekannten Dr. Hueblon, den früheren Direktor der Struppischen Werke gedacht. An Stelle Luers, dessen Namen sich ein wenig ge bessert haben soll, soll Segal zum Minister des Innern ernannt werden.

Der Kommunist Dr. Lewin veranstaltete eine Demonstration, wobei verlangt wurde, daß zur Durchsetzung der Räte-Republik das ganze Proletariat bewogen werde. Inzwischen hat der Zentralrat eingeschrieben, man solle die Verfassung nicht vorsichtig genug in könne und die Verfassung der Arbeiter wurde auch zu Teil wieder eingeführt. Der Generalkreis ist beendet.

Eisners Witwe wurde vom Zentralrat eine jährliche Pension von 10 000 Mark ausgesetzt. Landtag hat sich auf eine Woche vertagt, es dürfe aber auf alle Fälle länger Zeit dauern, bis die Verhandlungen seinen Wiederauftritt erlauben. Das Gelingen der gesamten bürgerlichen Presse Bayern ist auf weitere 10 Tage verboten. Alle sozialdemokratischen auswärtigen Zeitungen werden in München nicht zugelassen.

Keine Räteregierung.
Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von ihrer Seite aus München erfährt, werden dem a. Bildung beizugehen. Ministerium, das von dem als Reichsstaatsminister und Unabhängigen zusammengefaßten Zentralrat berufen wird, Frauendörfer, Jasse u. Hoerster angehören. Der Landtag werde die im Entwurf bereits vorliegende Verfassung verabschieden. Räte würden als Regierungsorgane nicht als politische, aber als beratende Verwaltungsorgane in Betracht kommen. Wenn es auch noch zu Zusammenstößen zwischen Regierung und Sozialisten komme, so zeige die Entwicklung erfreulicherweise, daß auch in Bayern für die Diktatur einer Räteregierung kein Platz zu sein scheine.

Ein Adels-Komplot?
Die Nachforschungen nach dem Ursprung des Zentails auf Eisner haben nach dem „Vorwärts“ zu ergeben, die daraus hindeuten, daß hinter dem Zentails ein Komplot von Männern des Adels und höheren Bourgeoisie stand, das vielleicht den Staat Arco durch das Los zur Verübung des Nordes an Eluer bestimmt hat.

München und Weimar.
Sollte sich in München eine Räteregierung von längerer Dauer festsetzen, so wird nach einer Meldung aus Weimar die Vertretung Bayerns im Staatenausschuß suspendiert werden, wie das mit den Vertretungen Braunschweigs und Koburg-Gothas bereits geschehen ist. Der Reichsregierung liegt aber ein amtliches Telegramm vom bayerischen Vertreter zum Staatenausschuß vor, wonach die Räteregierung noch nicht proklamiert worden ist und Ruhe herrscht. Die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten hätten sich zu einer vorläufigen sozialdemokratischen Partei vereinigt und einen Zentralausschuß gebildet, in dem Gewerkschaftler und Sozialisten jeder Art mit Ausnahme der Kommunisten saßen.

Allerlei Nachrichten.
Das neue Reichswehr.
Weimar, 23. Febr. Der Reichswehrminister hat bereits einen Gesetzentwurf, betreffend die Bildung eines neuen Reichsheeres, fertiggestellt. Das Gesetz sieht eine Stärke von 150- bis 175 000 Mann vor, nicht eingerechnet sind Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamte. Man beabsichtigt, in jeder Provinz eine Brigade zu bilden. Von einem Einstellungszwang soll zunächst abgesehen werden, denn man glaubt, durch freiwillige Werbung die nötige Mannschaft zu bekommen.

Aus den Waffenstillstandsverhandlungen.
Die deutsche Regierung ließ den Alliierten eine Note überreichen, die dagegen protestiert, daß die feindlichen Besatzungsbehörden die Gemeindevewahlen im besetzten Gebiete verboten. General Rudant erklärte hierzu, Marschall Foch habe bis auf weiteren Befehl die Abhaltung der Wahlen verboten, da die alliierten Besatzungsbehörden mit den jetzigen Gemeindevewahlungen, die aber eine große Erfahrung verfügten, gut auskommen seien. General Rudant erwiderte, er glaube nicht an eine baldige Änderung der Entscheidung des Marschall Foch. Es handle sich um Wahlen, die für die Verfassung des Landes nicht von Belang seien. Auf die Erklärung des Vertreters der deutschen Regierung, er habe soeben ein Telegramm erhalten, aus dem hervorgehe, daß auch in der neutralen Zone ein Verbot für die Gemeindevewahlen ergangen sei, erwiderte General Rudant, er werde die Angelegenheit nachprüfen, glaube aber nicht daran und würde, wenn es tatsächlich der Fall sein sollte, in der richtigen Weise Einspruch dagegen erheben, da seiner persönlichen Ansicht nach eine solche Maßnahme nicht berechtigt sei. — Zum gestrigen Besuch des Generals von Hammerstein, die deutschen Krieger frei zu lassen, welche infolge der für die Fahrt der deutschen Unterhändler nach Compiègne zur falschen Zeit angeordneten Waffenruhe in Gefangenschaft gerieten, teilten die Alliierten mit, daß dem deutschen Verlangen nicht Folge gegeben werden könne.

Die Anerkennung der deutschen Regierung seitens Frankreichs.
Genf, 23. Febr. Bichon erklärte ausländischen Journalisten u. a.: „Frankreich werde keinelei Schwierigkeiten machen hinsichtlich der Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Regierung, die durch eine richtige Befragung der Wähler eingesetzt worden sei.“

Das Befinden Clemenceaus.
Rotterdam, 22. Febr. Der „Nieuwe Rotterd. Courant“ meldet aus Paris, daß der Sohn Clemenceaus

zu seinem Vater gerufen wurde. Nach dem letzten Bericht ist der Zustand des Ministerpräsidenten ernst.

Der Präliminarfrieden.
Wie aus Paris gemeldet wird, werden die wichtigsten Waffenstillstandsbedingungen Deutschland in den ersten Hälfte des März vorgelegt werden. Sie sind nach Form und Inhalt gleichbedeutend mit dem Präliminarfrieden. Wie weiter gemeldet wird, soll die A. L. o. d. für Lebensmittel und für solche Rohstoffe, die in Deutschland im Veredelungsverfahren verarbeitet werden, am Tage der Unterzeichnung aufgehoben werden.

Die Ausschreitungen in Ganau.
Infolge der blutigen Ausschreitungen in Ganau von den Regierungstruppen befehligt werden. Bei den Hausdurchsuchungen nach getöbten Lebensmitteln und Waffen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Rote Soldatenbund wurde entwaffnet und sein Führer festgenommen.

Unruhen in Baden.
Wie der „Volks-Anzeiger“ aus Mannheim berichtet, kam es dort im Anschluß an Massendemonstrationen für Eisner zu Ausschreitungen. In Gefängnis wurde erbrochen und die Gerichtsbauwerke teilweise demoliert.

Die badiische vorläufige Volksregierung hat infolge von Unruhen, die in Mannheim auf Betreiben sozialistischer und bolschewistischer Elemente ausgebrochen sind, und an denen sich auch unabhängige Sozialdemokraten beteiligten, über die Republik Baden den Belagerungszustand verhängt.

Die Mannheimer Mehrheitssozialisten lehnten den Vorschlag, eine Regierung zu bilden, in der ein Drittel der Sozialisten und ein Drittel der Sozialisten saßen, ab und erklärten, unter allen Umständen hinter der jetzigen badiischen Regierung zu stehen.

Spartakusgrenel.
In einer in Gladbeck stattgefundenen Sitzung des A. S. A., an der auch der Vorsitzende, sowie verschiedene Mitglieder des Dortmunder A. S. A., sowie der Dortmunder Sicherheitswehr teilnahmen, wurde über die Vorgänge in Bettrop von dem Vorsitzenden des Dortmunder A. S. A. unter anderem folgendes berichtet: „Es steht fest, daß die Volkswehr bei ihrer Uebergabe an die Spartakisten nur etwa zwei Tote und einige Verwundete hatte. Die übrigen Toten sind nach der Kapitulation, nachdem die Gefangenen in Reich und Glied aufgestellt waren, niedergemacht worden. Die Gefangenen wurden schrecklich mißhandelt und fast völlig ausgeraubt. Mäntel, Schuhe, Kleider und selbst Hosen sind ihnen ausgezogen worden, außerdem etwa 4000 Mark in barem Geld geraubt und untereinander verteilt worden. Mit hochgehobenen Händen und unter fortwährenden Schlägen wurden die Wehrlosen nach Sterkrade übergeführt. Wer das Glück hatte, im Besitz seines Geldes zu sein, hatte nachher Gelegenheit, sich durch Bezahlung freizumachen. Es waren ungemein traurige Bilder, die ausländische Menschen mit Abscheu erfüllen mußten.“

Rudendorff.
Der Berichterstatter der Telegraphen-Union erzählt, daß die Meldung, wonach die schwedische Regierung General Rudendorff eine Aufenthaltserlaubnis verweigert habe und sein Aufenthalt in Schweden nicht zulasse, General Rudendorff befindet sich noch in Schweden und ist vollkommen frei in seinen Entschlüssen. Er denkt den schon längst gefassten Beschluß, nach der Beendigung der Niederschrift seines Werkes nach Deutschland zurückzukehren, in der nächsten Zeit zur Ausführung zu bringen. Rudendorff begibt sich über Kopenhagen, wo er kurzen Aufenthalt nehmen wird, auf ein Gut nach Eschsen.

Die Lage im Ruhrgebiet.
Krecher Raub.
Zwölfen und Soldaten, die als Sicherheitswehr fungierten, überwältigten bei der Reichsbankstelle in Alheim (Ruhr) den Direktor und drei Herren, die sich in der Bank befanden, bedrohten sie mit Erschießen und erzwangen die Herausgabe der Reichsschlüssel. Sie raubten insgesamt 170 000 Mark. Es ist gelungen, fünf der Beteiligten hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Spartakusgrenel.
Ueber die Schanblaten der Spartakisten werden noch folgende Einzelheiten berichtet: In Ffern bei Castrop drang eine Anzahl Spartakisten in eine Wohnung ein und zerrissen ein Kind buchstäblich in Stücke, während sie ein anderes aus dem Fenster stürzten. Einen Steiger schlugen sie mit einer mit Nägeln beschlagenen Latte so lange, bis er tot zusammenbrach. Mehr der Räteführer, darunter auch der Rindermörder, wurden von der Sicherheitswehr verhaftet und nach Bochum abgeführt; sie sehen ihrer Aburteilung entgegen. In Dortmund wurde bei dem Kampf ein Polizeikommissar sehr schwer verwundet ins Lazarett gebracht. Die Spartakisten hielten ihn aber aus dem Lazarett wieder heraus und schleppten ihn auf den Kirchhof, wo er erschossen wurde.

Neberrumpelte Spartakisten.
In Sterkrade gelang es den Regierungstruppen, die Spartakisten durch ständigen Handstreich zu überrennen. Dabei wurde ein Spartakist getötet und einer verwundet. Der Hauptführer Thiele wurde ebenfalls festgenommen und dabei von der Volksmenge überzogen. Zahlreiche Gewehre und Munition wurden erbeutet.

Bochum.
Die Streikbewegung im Bochumer Bezirk ist vollkommen erloschen. Alle Zechen und Eisengütten haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Düsseldorf.
Im Düsseldorfer Revier hat die Mehrzahl der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen; nach wie vor aber herrschen sozialistische Elemente. Es wird befürchtet, daß die Abmachung wegen Beilegung des Generalkreises von sozialistischer Seite wiederum nicht gehalten wird.

Essen.
Nach einer Meldung aus Essen sind am Montag auf allen Zechen des Ruhrreviers insgesamt 25 000 Bergleute nicht eingefahren. Die Streikziffer ist also erheblich zurückgegangen. Es wird damit gerechnet, daß in den nächsten Tagen auf sämtlichen Zechen die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Frankfurt.
Im Frankfurter Revier hat die Mehrzahl der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen; nach wie vor aber herrschen sozialistische Elemente. Es wird befürchtet, daß die Abmachung wegen Beilegung des Generalkreises von sozialistischer Seite wiederum nicht gehalten wird.

Frankreichs nördliche Industrie.

Zur Lage der Situation des Senats vom 13. Februar, hat der Minister der industriellen Wiederherstellung den jämmerlichen Zustand, in dem sich die Provinzen des Nordens von Frankreich befinden, sowie in landwirtschaftlicher wie auch in industrieller Hinsicht geschildert.

Die 101 Gruben der 6 Bezirke des Nordens sind gänzlich zerstört; dies stellt eine Produktion von täglich 25 000 Tonnen dar, die unterbleibt.

Der Minister der industriellen Wiederherstellung sagt: Ich schätze, daß 5 Jahre nötig sein werden, um diese Gruben so wiederherzustellen, daß zwei Drittel der Produktion erzielt werden, und daß wir erst nach 10 Jahren ununterbrochener Arbeit die frühere Produktion wieder erreichen werden.

Die Wiederherstellung der Gruben wird meiner Ansicht nach über 2 Milliarden kosten.

Ich habe in meiner Jugend die prächtigen Städte Roubaix, Tourcoing und Lille, die Wiege der französischen Textil-Industrie, gesehen. In welchem Zustande sind sie jetzt? Dem Augenschein nach sind sie sehr schön, in Wirklichkeit aber gänzlich zerstört, weil es in einer Fabrik nicht nur Steine, Dächer und Maschinen gibt, sondern auch Leiter, Ingenieure, Werkmeister und Schlosser, in einem Wort alles was Generationen gebildet haben.

Diese Männer des Nordens, sonst so eifrig und so tapfer, finde ich nach 4 Jahren einer schrecklichen Verlegung wieder, ihre Fabriken betrachtest, ohne zu wissen, wo sie ansetzen sollen; und wenn ich an ihrer Stelle wäre, würde ich ebenso verlegen sein. Sie müssen, bevor sie die Arbeit wieder aufnehmen, ihr Leistungspersonal wiederbilden, ihre Ingenieure ersetzen, die verschwunden, manchmal auch gefallen sind, und einen neuen Werkmeister wiederfinden, der den alten ersetzen wird.

Nichts ist mehr vorhanden, keine Rohmaterialien, selbst die Maschinen sind halb zerstört. Es wird genügen, Wellenlager neu anzulegen; jemand muß aber dazu die nötigen Auszüge machen. Diese Industriellen haben aber keine Werkmeister zur Verfügung, die ihnen die nötigen Erklärungen geben können.

Dies ist die Lage, in der man sich befindet; ich verändere Ihnen, man kann die Wichtigkeit der zu leistenden Arbeiten nicht genug hervorheben; nicht nur was die Rohmaterialien anbelangt, sondern auch wegen der neuen Kräfte, die man benötigen wird, um all diese prächtigen Industriepunkte wieder in Betrieb zu setzen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ministerpräsident Scheidemann erklärt einem Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“, daß von irgend einer Krise innerhalb des Kabinetts keine Rede mehr sei. In keiner der zur Diskussion stehenden Fragen, seien sie inner- oder außenpolitischer Natur, machen sich Meinungsverschiedenheiten in der Auffassung geltend. Das Kabinett, das nach einem jüngst erfolgten Wort keine Eche auf Lebensdauer sein soll, wird sich schließlich in der Lösung der nächsten Fragen zeigen.

Reichsminister des Innern, Graf Brockdorff-Rantzau, ist mit seinem Ministerium wieder nach Berlin zurückgekehrt. Er dürfte nunmehr sofort die Reorganisation des auswärtigen Amtes in Angriff nehmen. Unterstaatssekretär Töpfer hat in den letzten Tagen in Bern mehrere hundert deutsche Beamte, die den verschiedenen Abteilungen der deutschen Gesandtschaft in Bern angehörten, bereits ihren Stellen entlassen. Töpfer wird sich demnächst nach den norddeutschen Staaten begeben und auch dort werden wohl einige Personalveränderungen vorgenommen werden.

Oldenburg.

In Oldenburg (ohne Lübeck und Bismarck) wurden zur Landesversammlung

- 12 Sozialdemokraten,
- 12 Deutsche Demokraten,
- 10 Abgeordnete des Zentrums und
- 5 der Volkspartei

Belgien und Holland.

Einer Brüsseler Havas-Meldung zufolge hat Holland die belgische Regierung antwortend erwidert, ihr die auf der Pariser Konferenz erhobenen belgischen Forderungen mitzuteilen, soweit diese holländische Interessen betreffen.

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Darnach verordnet die Reichsregierung mit Gesetzeskraft:

Die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen wird unter Mitwirkung der Einzelstaaten und Selbstverwaltungskörperschaften nach Maßgabe dieser Verordnung vom Reich übernommen. Die Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege soll damit nicht eingeschränkt werden. Bei dem Reichsarbeitsamt wird für die Durchführung der beschriebenen Aufgabe ein Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge errichtet. Er ist Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Reichsausschuß besteht aus den beiden Abteilungen Kriegsbeschädigtenfürsorge und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Die Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Hauptfürsorgestelle, einem Vertreter der Volkshilfe (Wohlfahrtspflege) für Kriegsbeschädigte und mindestens je einem Vertreter solcher Vereinigungen der Hinterbliebenen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben. Die Abteilung Kriegshinterbliebenenfürsorge setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Hauptfürsorgestelle, einem Vertreter der Nationalität für die Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen, deren Selbstständigkeit und Befugnis, über ihre Mittel frei zu verfügen, unberührt bleiben, und mindestens je einem Vertreter solcher Vereinigungen der Hinterbliebenen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben. Der Reichsausschuß wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden. Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts oder ein von ihm beauftragter Unterstaatssekretär des Reichsarbeitsamts sind berechtigt, in den Sitzungen des Reichsausschusses den Vorsitz zu übernehmen, und die Mitglieder des Reichsausschusses sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten vom Reich Tagegelde und Ersatz der Reisekosten.

Der Reichsausschuß hat folgende Aufgaben: 1. Er stellt die Grundzüge für die Durchführung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge auf. Diese Beschlässe bedürfen, um bindende Kraft für die Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen zu erlangen, einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und der Zustimmung des Reichsarbeitsamts; 2. er erläßt dem Reichsarbeitsamt Gutachten; 3. er entscheidet als Schlichter bei den Streitigkeiten zwischen den Hauptfürsorgestellen über die Zuständigkeit und 4. er verwaltet und verwendet die ihm für die Fürsorge zur Verfügung gestellten Mittel.

Jeder Hauptfürsorgestelle steht ein Beirat zur Seite. Vorsitzender des Beirats ist der Leiter der Hauptfürsorgestelle oder sein Stellvertreter. Als Grundlage für den Ausbau der Hauptfürsorgestellen soll dort, wo noch organisatorische Verschiedenheiten vorhanden sind, die bestehende Hauptfürsorgeorganisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge unter Umständen Berücksichtigung der für die Kriegshinterbliebenenfürsorge bestehenden Einrichtungen dienen. Desgleichen sind für den Ausbau der örtlichen Fürsorgestellen nach Möglichkeit die bisherigen Einrichtungen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zu benutzen.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Bestwechsell.

* Eltville, 26. Februar. Herr Fabrikbesitzer Dr. Usinger hier kaufte das dem verstorbenen Rentner Herrn Kornbach gehörende, Niederwalliser Chaussee 8, belegene Bestium zum Preise von 210 000 Mark.

Güterverkauf.

— Eltville, 26. Febr. Herr Brennerbesitzer Peter Giffler kaufte von Herrn Gies, Besitzer des Hotels „Rassauer Hof“ in Raunthal, vormals Bwe. Winterliches Bestium, ca. 3 Morgen Weinberge zum Preise von 24 000 Mark. Die Weinberge befinden sich in mittleren und guten Lagen der Raunthaler Weinbergsgemarkung.

Wettene Verkehrs-Erleichterungen.

+ Eltville, 26. Febr. Ferngespräche nach den Kreisen Untertaunus, Wiesbaden Land, Bingen und Mainz sind wieder zugelassen. Wiesbaden Stadt ist weiterhin ausgeschlossen. Ferner sind noch zugelassen die Kreise St. Goar, St. Goarshausen und Kreuznach.

Deutscher-Fürsorge.

M. Rüdesheim, 21. Febr. Die Reichsregierung hat das Zentral-Komitee des deutschen Vereins vom Roten Kreuz mit der Fürsorge für die aus Elsaß-Lothringen geflüchteten oder vertriebenen Deutschen betraut. Die Regelung der Fürsorge wird vermittelt durch die örtlichen Vereine des Roten Kreuzes, für den Rheingaukreis also durch den Zweigverein vom Roten Kreuz zu Rüdesheim, dessen Vorsitzender der Landrat ist. Anträge Beteiligter oder der Gemeinden auf Zuweisung von Unterstützungen usw. sind deshalb an die vorgeordnete Stelle zu richten. Jedemfalls soll für die Flüchtlinge nicht die öffentliche Armenpflege eintreten. Das Rote Kreuz wird ausreichend für Hilfs-sorgen.

Schweinefleisch im Restaurant.

Der Gastwirt Otto K. in Wiesbaden hat von einem Tropfenbesserer S. zwei Ferkel im Gewicht von etwa 30 Pfund für 210 Mk. erstanden und sie seinen Gästen zugute kommen lassen, ohne die vorgeschriebene Meldung zu erstatten. Wegen Vergehens wider die Viehhändler-Verordnung vom 3. April 1918 verfielen K. in 20, S. in 10 Mk. Geldstrafe. Bezüglich des Anklage des Viehwuchers erging ein Freispruch, weil dem Verkäufer geglaubt wurde, daß er die Ferkel zur Nachzucht, nicht zum sofortigen Schlachten vorstalt habe.

Französische Lebensmittel an Eisenbahner.

* Mainz, 24. Febr. Auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörden sind die Eisenbahnbediensteten des besetzten Gebietes angewiesen worden, die ganzen Eisenbahnbediensteten namhaft zu machen, welche in Landgemeinden wohnen, dort Landwirtschaft treiben oder sich durch Hauschlachtungen mit Fleisch selbst versorgt haben. In diesen Fällen sollen Lebensmittelzulagen seitens der Alliierten nicht gewährt werden. Ebenso ist eine strenge Kontrolle darüber angeordnet worden, daß die Lebensmittel nicht in unbefugte Hände geraten. Eine Lebensmittelverteilung an die bedürftigen Eisenbahnbediensteten des Besatzungsgebietes findet fortan allmählich statt. Diese Woche wurden Speck und Geflügel ausgegeben.

Zucker-Beschlagnahme.

* Darmstadt, 26. Febr. Fünfzig Pfund Würfelzucker brachte dieser Tage der Kolonialwarenhändler Marx aus dem benachbarten Roddorf her, angeblich um ihn gegen gestohlenen Zucker umzutauschen. Die Bürgerwehre beschlagnahmte aber das süße Nahrungsmittel, da die Angaben unglaubwürdig erschienen und M., der im Herbst mit der Zuckererteilung an die Verkäufer beauftragt war, anscheinend einen großen Teil dieses Zuckers zurückgehalten hat.

Verkehrs-Erleichterungen.

* Koblenz, 22. Febr. Die amerikanische Besatzungsbehörde gestattete die Einführung von Postpaketen aller Art aus dem unbefetzten Gebiet in die Stadt Koblenz.

Gemeinde-Wahlen.

Düsseldorf. Die Düsseldorf Stadtverordnetenwahlen sind vielfach durch bewaffnete Vandalen spartanischer Herkunft, welche die Wahllokale künnten und die Wahlakten vernichteten, gestört worden.

Duisburg. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten das Zentrum 25, die Sozialdemokraten 21, die Deutschen Nationalen 10, die Deutsche Volkspartei 7, die Deutsche Demokratische Partei 6, die kommunistische Partei 4, die Polen 2 Sitze.

Hannover. Bei der Gemeindevwahl in der Stadt Linden wurden 37 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige Sozialdemokraten und 13 Bürgerliche gewählt.

Griffosene Eindrehen.

* Berlin, 2. Febr. In einem Kaffeehaus an der Friedrichstraße traf gestern Abend ein Kriminalbeamter einen wegen verschiedener Straftaten gesuchten Eindrehen, der gerade im Begriff war, gestohlene Sachen zum Kauf anzubieten. Als der Beamte ihn für verhaftet erklärte, zog der Verbrecher seine Waffe und legte auf den Beamten

an. Dieser kam ihm jedoch zuvor und schoß auf seinen Gegner. Der Verbrecher war sofort tot.

Neue Briefmarken. Briefmarken mit dem Ueberdruck „Vollstaats Bayern“ sollen Anfang März ausgegeben werden. Die Oesterreicher haben bereits Marken mit dem Ueberdruck „Deutsch-Oesterreich“ ausgegeben.

— Kleinverkaufspreis für Kartoffeln. Das Reichs-ernährungsamt in Berlin hat den Erzeugerpreis für jeden vom 1. Januar 1919 ab zur Ablieferung gelangenden Zentner Kartoffeln um 1.25 Mk. erhöht. Diese Erhöhung soll dem Landwirt als Ausgleich für die Aufbewahrungskosten während der Wintermonate dienen. Infolge dieser Erhöhung muß, einem Beschlusse der Nahrungsmittellkommission entsprechend, der Kleinverkaufspreis vom 23. Februar d. J. ab um 1 Pf. für das Pfund erhöht werden. Er beträgt nunmehr für die 5 Pfund Wochenlopmenge 45 Pf.

— Einhaltung der Höchstpreise. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung macht die Handelskammer darauf aufmerksam, daß die Höchstpreise für einzelne Waren streng einzuhalten sind, und daß die Aufhebung einzelner Beschlagsnahmestimmungen für das besetzte Gebiet nicht etwa die Aufhebung der für die betreffenden Gegenstände geltenden Höchstpreise bedeutet. Diese Höchstpreise treten auch für das besetzte Gebiet nur dann außer Kraft, wenn die Bekanntmachungen über die Höchstpreise im einzelnen besonders aufgehoben sind.

Hilfe für die Säuglinge. Zwei englische Hilfskommissionen, das Hilfsamt für die Deutsch-Oesterreicher und Ungarn in England und der englische Frauenausschuß für dauernden Frieden haben der vor kurzem in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsministers Graf Brockdorff-Rantzau gegründeten deutschen Wohlfahrtsstelle als Geschenk für die notleidenden deutschen Säuglinge 800 000 Milchflaschen-Gummifinger zur Verfügung gestellt, von denen ein großer Teil schon in Deutschland eingetroffen ist. Die Verteilung durch die zuständigen Organisationen in den Bundesstaaten wird mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden.

Die Kronprinzliche Familie. Der ehemalige deutsche Kronprinz hat an den Reichspräsidenten Ebert ein Telegramm geschickt, in dem er bittet, seiner Frau und seinen Kindern zu erlauben, nach Wieringen überzuziehen.

Nach Deutschland zurück. Der deutsche kaiserliche Hofzug, der seit November in Rotterdam war, nachdem er den früheren Kaiser nach Maarn gebracht hatte, ist nach Deutschland zurückgefahren.

Gefangenen-Ausbruch. Aus Hannover wird berichtet: In der Nacht zum Sonntag wurden die Schlosswache und die militärische Polizeiwache alarmiert, da zwei Insassen des Militärarresthauses ihre Zellen erbrochen und die Zellen von sämtlichen anderen 50 Gefangenen geöffnet hatten. Diese Gefangenen befanden sich bereits auf dem Hofe und versuchten, den Ausgang zu erreichen unter dem Rufe „Hoch lebe die Freiheit und Spartakus“. Wachen umschloßen das Gebäude und überwältigten die Ausbrecher.

Leipziger Messe. Der bevorstehenden Leipziger Frühjahrsmesse wird erstmalig eine „Entwurfs- und Modellmesse“ angegliedert als Vermittlungshilfe für Künstler und Fabrikanten. Die Veranstaltung trägt rein wirtschaftlichen Charakter.

Verbesserung des Flugverkehrs. Der „Matin“ meldet: Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Plateau, hat eine Erfindung gemacht, die es Flugzeugen ermöglicht, mit bisher unbekannter Geschwindigkeit in bis heute unmögliche Höhen zu fliegen. Dadurch könnte die Reise von Paris nach Algier in 5, nach Kairo in 11 Stunden zurückgelegt werden.

Ein Eisenbahnunglück. Die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“ melden, fuhr der von Annaberg kommende Personenzug in Bismarck auf einen dort haltenden Güterzug. Hierbei wurden zwei Personen getötet, sieben schwer und mehrere leicht verletzt. Einige Wagen wurden beschädigt.

Feuersbrunst. Aus Triest wird berichtet: Eine Feuersbrunst zerstörte die Hälfte der Seewerft von Monfalcone.

Weinzeitung.

Mitteilung des Rheingauer Weinbauvereins.

An die Herren Weingutsbesitzer und Winzer!

Betrifft: Gemeinschaftlichen Bezug von Tabakextrakt, Rohnikotin und Schmierseife.

Diejenigen Weingutsbesitzer und Winzer, welche zur diesjährigen Heu- und Sauerwurmbekämpfung 8—10 prozentigen Tabakextrakt oder 98 prozentig. Rohnikotin und Schmierseife benötigen, werden gebeten, ihre Bestellung spätestens bis 1. März dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Landes-Oekonomierat Ott in Rüdesheim, mitzuteilen. Zur Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms sind für 1 Morgen Weinberg erforderlich 15 Kg. 8—10 prozent. Tabakextrakt oder statt dessen 1 1/2 Kg. 98 prozent. Rohnikotin und 2 1/2 Kg. Schmierseife; wer nur den Sauerwurm zu bekämpfen beabsichtigt, kommt mit der Hälfte aus. Der Preis für 1 Kg. 98 prozent. Rohnikotin wird voraussichtlich 56 Franken betragen; für Tabakextrakt und Schmierseife war noch kein fester Preis zu ermitteln. Die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms hat sich auch im vorigen Jahre wiederum bestens bewährt. — Es sei noch bemerkt, daß sich zur Ausföhrung der Bekämpfung sämtliche Rebsprizen mit Revolververstäubern verwenden lassen.

Schilling.

Obst- und Weinbauinspektor der Landwirtschaftskammer.

✓ Deßau, 23. Febr. Bei den letzten Verkäufen von 1918er Weinen wurden hier, Winkel, Geisenheim, Johannisberg und Lorch für das Stück 1918er 6000—6500 Mk., in Hallgarten für etwa 120 Stück 1918er je 5000—6400 Mk. angelegt.

§ Aus dem Rheingau, 26. Febr. Die Vereinigung Rheingauer Weingutsbesitzer wird trotz der bestehenden Schwierigkeiten ihre Frühjahrsversicherungen in gewohnter Weise im Mai abhalten. Gegen 300 Halbstück sind bereits angemeldet; andere werden folgen. Die Hauptmasse der Versicherung wird der 1918er ausmachen; doch kommen auch noch einige Posten älterer Jahrgänge zum Ausbeut. Somit sind die früheren Jahrgänge im ganzen Rheingau ausverkauft. Auch der 1918er Wein der Mosel und Weingutsbesitzer, welche nicht zu jener Vereinigung gehören, ist bereits größtenteils in andere Hände übergegangen. Der Durchschnittspreis betrug zuletzt Mk. 4500—5500 und

